



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kuh, Felix: Neue Aufgaben des Unternehmertums

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

deutschen Wirtschaftspolitik Probleme aufrollen, die mit der überkommenen Arbeitsweise unserer Bureaucratie — im besten Sinne des Wortes — nicht gelöst werden könnten. Dieser Frage beizeiten näherzutreten, erscheint in der Tat wichtig und dringlich. Nichts aber ist wichtiger und dringlicher — abgesehen von der Aufgabe, den Krieg zum guten Ende zu führen —, als die Mittel zur Deckung der Kosten zu beschaffen, die der Krieg verursacht hat. Die sechstausend Millionen jährlicher Mehreinnahmen des Reiches, die dazu erforderlich sind, können bei Beendigung des Krieges nicht erst gesucht werden, sondern sie müssen gefunden, beschlossen und bereit sein. Diesem Zweck in erster Linie soll der Vorschlag eines ständigen Finanzausschusses dienen.



## Neue Aufgaben des Unternehmertums

Von Dr. Felix Kuh



Schon vor dem Kriege konnte man sagen, daß die Zeit des extremen Individualismus überwunden war. Die alte Manchesterlehre in ihrer reinsten Form, wonach für den Staat am besten gesorgt war, wenn jeder einzelne für sich selbst am besten zu sorgen suchte, hatte weder in der Theorie noch in der Praxis einen nennenswerten Kreis von Anhängern, man war zur Einsicht gekommen, daß zum mindesten mit dem berechtigten Selbstinteresse ein bewusstes Interesse für die Gesamtheit und den Staat Hand in Hand gehen mußte. Es ist bekannt, in welchem Maße sich die Sache durch den Krieg noch weiter zu Gunsten des Gemeinnes verschoben hat. Ein nationalökonomischer, ein soziologischer Lehrmeister ersten Ranges ist der Krieg, er zeigt uns besser, als alle dicken Lehrbücher es können, wo die Grenzen zwischen Individualismus und Sozialismus liegen. Daß die Staatintervention nicht überall am Platze ist, erkennen wir tagtäglich, andererseits aber wird niemand, der diese große Zeit offenen Auges durchlebt, jemals wieder daran zweifeln dürfen, daß, um sich dem Wortlaut jener Definition anzuschließen, der einzelne am besten für sich selber sorgt, wenn er zugleich für die Allgemeinheit zu sorgen sucht, und zwar wird die Geltung dieses Satzes um so größer sein, je größer die Bedeutung des einzelnen oder seines Standes und Berufes innerhalb der Gesamtheit ist. Der Rang verpflichtet; wer aber im wirtschaftlichen Leben eine besonders wichtige Rolle spielt, folgt nicht allein seiner Anstandspflicht, sondern auch den Gesetzen politischer Klugheit, wenn er nicht allein an sich selbst, sondern zugleich an alle

seine Berufsgenossen, an die Hebung seines ganzen Standes und letzten Endes der gesamten nationalen Wohlfahrt denkt. Ideelle und materielle Interessen verbinden sich hier zu vollkommener Harmonie, das Gute ist zugleich das Nützliche, wahre Humanität vereinigt sich mit kluger Kalkulation. Jede Kritik daran, ob die auf solche Weise zustande kommenden Handlungen mehr aus diesem oder mehr aus jenem Motiv hervorgehen, ist überflüssig und schädlich, die Wahrheit ist, daß in den allermeisten Fällen beide Komponenten gleichwertig zusammengewirkt haben.

Es war notwendig, diese kurze Betrachtung voranzuschicken, um den rechten Maßstab zu gewinnen für gewisse, erfreuliche Strömungen, die gegenwärtig in den führenden Kreisen der deutschen Arbeitgeberchaft zutage treten. Wie man weiß, haben sich die deutschen Unternehmer im Laufe der letzten Jahrzehnte, ganz besonders seit dem Anfang der neunziger Jahre, zu großen, umfassenden Verbänden zusammengeschlossen, richtiger gesagt, zusammenschließen müssen, weil gegen den Druck der zu mächtigen Verbänden vereinigten Arbeiterschaft naturgemäß ein Gegendruck geschaffen werden mußte. Hüben und drüben wurden die Organisationen ausgebaut, heute liegt die Sache so, daß im Unternehmertum, in der Industrie wie im Handwerk, kaum noch wesentliche Kreise vorhanden sind, die außerhalb der Organisation stehen. Kurze Zeit vor dem Kriege ist es gelungen, auch die bis dahin noch auf verschiedenen Wegen marschierenden Vereinsgruppen zusammenzufassen und in der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ einen Gipfelpunkt zu begründen, den man wohl ohne Übertreibung als eine für alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen des Unternehmertums maßgebende Zentrale betrachten kann. Selbstverständlich hat der Krieg das Seinige dazu beigetragen, um diesen Zusammenhalt noch weiterhin zu befestigen; kleine Sprünge und Lücken, die in dem großen Gebäude noch vorhanden waren, wurden ausgeglichen, und es fanden sich sogar zu einträchtiger Arbeit diejenigen Verbände zusammen, die bis dahin um ihrer reinwirtschaftlichen Stellungnahme willen eine volle Gemeinschaft noch immer abgelehnt hatten. Gleichzeitig hat es der Krieg, der freiwillige oder erzwungene Burgfrieden mit sich gebracht, daß der Kampfcharakter, der Abwehrcharakter der Arbeitgeberverbände mehr und mehr zurücktrat, sodaß auch hierdurch Raum geschaffen wurde für die Erkenntnis, es sei an der Zeit, statt der bloß negativen oder regulierenden Tätigkeit, auch positive, schaffende Aufgaben in Angriff zu nehmen. Die führenden Männer der deutschen Industrie, denen ohnehin das Schaffen, das Wirken und Fertigstellen viel besser liegt, als das Abwehren, das Verweigern, das Neinsagen, werden, so hat es den Anschein, diese ihre produktive Anlage in einer Weise auch für die Allgemeinheit ausnützen, die auf das ganze soziale Leben die wichtigsten und fruchtbarsten Wirkungen ausüben dürfte. Kurz gesagt handelt es sich darum, daß die Arbeitgeberverbände als solche vorbereitende Schritte tun, um auf den verschiedensten sozialen Gebieten eine tiefgreifende Wirksamkeit zu entfalten, eine Wirksamkeit, wie sie einerseits

der Zeitlage entspricht, und wie sie andererseits durch die Stellung der Arbeitgeber im deutschen Wirtschaftsleben bedingt und zugleich, dank den an dieser Stelle vorhandenen materiellen Kräften, ermöglicht wird. Nicht als wenn es sich um etwas absolut Neues handelt! Was die deutschen Arbeitgeber im einzelnen an privater Wohlfahrtspflege geleistet haben, ist bekannt genug. Die Gründung von Arbeiterwohnungen, Pensionsklassen und anderen Stiftungen gehört zu den ansprechendsten Kapiteln der modernen Industriegeschichte. Wie die deutsche staatliche Sozialpolitik ihresgleichen nicht hat, so können auch die privaten Wohlfahrtsseinrichtungen, insbesondere unserer großen Werke aller Welt zum Vorbild dienen. Auch die Verbände sind gewiß nicht untätig gewesen; die Bestimmung der meisten Statuten dieser Vereinigungen, wonach sie gegründet sind, nicht allein „zur Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeiterschaft“, sondern auch „zur Pflege und Förderung aller auf die Arbeiterschaft bezüglichen Verhältnisse“, ist weit mehr, als man gemeinhin glaubt, verwirklicht worden. Äußerlich sind als sozialpolitische Schöpfungen der Arbeitgeberverbände bisher am meisten die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber bekannt geworden. Nun also wird es darauf ankommen, das, was bisher die einzelnen Arbeitgeber für sich und einzelne Arbeitgeberverbände in beschränkterem Umfange unternommen haben, auf eine breitere Grundlage zu stellen, und durch die Hineintragung neuer Gesichtspunkte den so wesentlich veränderten Ansprüchen unserer Zeit Rechnung zu tragen.

In der Zeitschrift der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (Nr. 13 vom 1. Juli) hat der Geschäftsführer dieser Organisation Dr. Tänzler einen programmatischen Artikel veröffentlicht, der in großen Zügen die neuen, dem Unternehmertum erwachsenden Aufgaben umschreibt. An diese Ausführungen anknüpfend wollen wir versuchen, uns ein Bild von der Bedeutung zu machen, die unzweifelhaft der Idee einer solchen aktiven, im Dienste der Gesamtheit stehenden Arbeitgeberpolitik für das ganze öffentliche Leben zukommt. Die nächste Aufgabe ist selbstverständlich die Fürsorge für die Kriegsinvaliden, für die Hinterbliebenen der gefallenen Arbeiter und für alle Kreise, die eben durch den Krieg in Not geraten sind, soweit es sich um Angehörige des gewerblichen Lebens handelt. Im weiteren Sinne wird es auch zu den notwendigen Arbeiten des Unternehmertums gehören, die Sachschäden, die der Krieg verursacht hat, zu mildern, an ihrer Ausgleichung mitzuhelfen. (Wiederaufbau Ostpreußens, Sicherstellung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland usw.) Es ist leider ein fast unermessliches Gebiet, das sich hier eröffnet. Andererseits aber hat die Tagespresse schon wiederholt berichten dürfen, daß gerade diese Aufgaben von den Organisationen des Unternehmertums mit größter Energie in Angriff genommen worden sind. Die Spenden an gemeinnützige Kriegsunternehmungen (Rotes Kreuz, Lazarettzüge, Hilfsvereine usw.) belaufen sich auf viele Millionen, und ebenso große Summen haben die Arbeitgeberverbände für das Wohl der im Felde stehenden Arbeiter und ihrer Familien gestiftet. Die Behandlung

und Versorgung der Kriegsbeschädigten steht schon seit Jahr und Tag als wichtigster Gegenstand fast auf jeder Versammlung eines Arbeitgeberverbandes. Maßgebend für das ganze Vorgehen ist der Beschluß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vom 19. März 1915, in dem die sämtlichen Arbeitgeberverbände ihre freudige Bereitwilligkeit zu einer tatkräftigen Mitwirkung in der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten zum Ausdruck gebracht haben. Auch hier wächst aber die Summe der praktischen Aufgaben beinahe ins Unendliche, es handelt sich um die Berufsberatung und Berufsausbildung der Invaliden, um die Begründung von Ausbildungs-lazaretten, um technische Hilfsmittel für solche Arbeiter, die den vollen Gebrauch ihrer Glieder eingebüßt haben, vor allem auch um die richtige Verteilung und Arbeitsvermittlung.

Daß diese und ähnliche Aufgaben positiver Art aus dem Kriege erwachsen würden, war jedoch vorauszusehen, und man braucht über diese selbstverständliche Erweiterung des Bereiches der arbeitgeberischen Tätigkeit kaum weitere Erörterungen anzustellen. Der eigentliche Fortschritt liegt in anderer Richtung. Wir wollen gleich auf den wichtigsten Punkt eingehen. Die Arbeitgeberverbände werden sich in Zukunft eingehend mit der Jugendpflege zu befassen haben, und es hat den Anschein, als wenn diese Notwendigkeit bereits ebenfalls in weiten Kreisen anerkannt wird. Zu einer Bearbeitung dieses Gebietes, sei es durch selbständige Maßnahmen, sei es durch Unterstützung bestehender Einrichtungen, sind die Unternehmer aus folgenden Gründen genötigt. Erstlich haben die Sozialdemokratie und die mit ihr verbündeten Gewerkschaften umfassende Vorkehrungen getroffen, um die Jugend schon von früh auf in ihre Macht zu bekommen, und das neue Vereinsgesetz bietet ihnen für diese Versuche eine willkommene Handhabe. Will man also den jungen Nachwuchs nicht ohne weiteres dieser bestimmten, politischen Parteigruppe überlassen, so ist es die höchste Zeit, daß man den jungen Leuten wenigstens die Möglichkeit bietet, auch auf anderen Geleisen vorwärts zu kommen. Zweitens wird das deutsche Unternehmertum angesichts der Notwendigkeit, in Zukunft noch weit mehr als früher eine straff durchgeführte Ökonomie menschlicher Arbeit betreiben zu müssen, bei Zeiten Vorkehrungen zu treffen haben, um sich für Handel und Gewerbe einen möglichst tüchtigen, körperlich, moralisch und geistig gesunden Nachwuchs zu sichern. In den Handelskriegen, die auf den Kampf der Waffen folgen werden, wird die Qualitätsarbeit eine Hauptrolle spielen, ganz anders noch als bisher wird der einzelne Arbeiter seinen Platz auszufüllen haben. Drittens dürfen sich die Arbeitgeberverbände der Erkenntnis nicht entziehen, daß es gerade ihres Amtes ist, alles aufzuwenden, um der leider mehr und mehr hervortretenden Verflachung und Verrohung der Jugend entgegenzuarbeiten. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß eine fortschreitende Industrialisierung, daß das Entstehen der großen Industriestädte mancherlei hygienische und moralische Gefahren mit sich gebracht hat. Die Arbeitgeber wissen ein Lied davon zu singen, welche Schwierigkeiten sich oft genug aus der Unbotmäßigkeit und dem

Übermut der jugendlichen Arbeiter im Betriebe ergeben. Diese Zustände haben sich während des Krieges oft bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Endlich darf man gewiß die Jugendfürsorge als eine Aufgabe bezeichnen, die so sehr im allgemeinen nationalen Interesse liegt, daß die Mitwirkung der ganzen Nation als erwünscht und notwendig angesehen werden muß. Wollen sich die Unternehmer mit Recht zu den führenden Ständen des Volkes zählen, so dürfen sie dem „Kampfe um die Jugend“, der heute einen so breiten Raum in unserm Kulturleben einnimmt, nicht mit verschränkten Armen zusehen.\*)

Ein Weiteres kommt hinzu! Das Proletariat rechnet es zu seinen schlimmsten Nachteilen, daß ihm die wirtschaftlichen Verhältnisse jeden Aufstieg in eine höhere Gesellschaftsschicht unmöglich gemacht hätten. Im Klassenkampf und in der politischen Agitation hat dieses Argument von jeher die größte Rolle gespielt. Über seine Berechtigung freilich läßt sich streiten, die Dinge haben sich in den letzten Jahrzehnten stark zum Bessern gewandt, und manche Zusammenstellungen, wie sie z. B. Krupp gemacht hat, ergeben die erfreuliche Tatsache, daß auch Arbeiterkinder den Weg nach oben nicht verschlossen finden, wenn sie nur selbst die nötige Begabung und Willenskraft mitbringen. Jedoch läßt sich nicht leugnen, daß in dieser Hinsicht noch viel zu wünschen übrig bleibt. Manches gut veranlagte Kind aus Arbeiterkreisen kommt nicht vorwärts, weil entweder sein Talent überhaupt nicht erkannt wird, oder weil die äußeren Umstände einen Emporstieg allzu sehr erschweren. Hier Abhilfe zu schaffen, das wäre in Wahrheit eine Aufgabe „des Schweißes der Edelsten wert“, und die Jugendpflege ist vielleicht berufen, die nötige Vorarbeit oder Mitarbeit zu leisten. Ein weitblickender Führer der süddeutschen Industrie, der Generaldirektor der Maschinenfabriken Nürnberg = Augsburg, Reichsrat von Rieppel, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Berufsberatung und Berufshilfe in dem Sinne, daß der Tüchtige, welcher Herkunft er auch sei, auf den richtigen Platz gestellt wird, zu den ernstesten Pflichten unserer kommenden Sozialpolitik gezählt werden müssen. Ein Volk, das in einem so gewaltigen Kriege so bewundernswerte Fähigkeiten bewiesen hat, verdient es gewiß, daß man ihm als schönsten Lohn

\*) Was die Jugendpflege im einzelnen bedeutet und in welcher Weise sich etwa die Arbeitgeberchaft daran beteiligen kann, das ist ausführlich in einer Reihe von Aufsätzen dargelegt, die der Geschäftsführer des Hamburgischen Landesverbandes für Jugendpflege, Rußendahl, in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ (Jahrg. 1916, Nr. 3, 4, 5, 28 und 29) veröffentlicht hat. Hier ist genau angegeben, welche Aufgaben die zu errichtenden Jugendheime zu lösen haben: Handfertigungsunterricht, Büchereibetrieb, Vorträge, gesellige und unterrichtende Veranstaltungen, körperliche Übungen, kurzum, ein Gemeinschaftsleben, das der körperlichen, sittlichen und geistigen Erziehung dient, kommt in Betracht, und die Grundzüge hierfür bilden den Inhalt der erwähnten Aufsätze.

Über die Berufsberatung und Berufsvermittlung in ihrem Verhältnis zur Arbeitgeberchaft unterrichtet ein Aufsatz des Schulrat Dr. Thomae im „Arbeitgeber“ (Nr. 12 vom 15. Juni). Es sei hierbei bemerkt, daß bereits in einer Anzahl von Städten Berufsberatungsstellen eingerichtet sind, zum Teil schon unter Mitwirkung von Arbeitgeberverbänden.

seiner Opferwilligkeit die Wege zu höherer Kultur und höherem Lebensgenuß ebnet. Nicht schematisch darf verfahren werden, wohl aber gebieten es moralische, politische und wirtschaftliche Rücksichten, daß dem hellen Kopf und dem festen Willen ein freies Feld fruchtbarer Betätigung eröffnet wird. Im einzelnen werden diese Dinge noch emsig bearbeitet werden müssen. An die Jugendpflege hat sich aber jedenfalls die Berufsberatung anzugliedern; wieweit dann etwa Freistellen an mittleren und höheren Lehranstalten, Stipendien oder sonstige Unterstützungen zu schaffen sind, mag vorläufig dahingestellt bleiben.

Vorbedingung jeder durchgreifenden Jugendpflege ist eine gesunde und systematische Wohnungspflege; die beste Jugendpflege wird keine nachhaltigen Erfolge zeitigen, wenn das Gute, das sie stiftet, sofort wieder durch unzulängliche Wohnungsverhältnisse vernichtet wird. Es wird nun ernstlicher Erwägungen bedürfen, um festzustellen, in welcher Art die Arbeitgeberverbände sich an den bereits vorhandenen Bestrebungen der einzelnen Arbeitgeber in Sachen der Wohnungsfrage helfend und fördernd beteiligen können. Es liegt auf der Hand, daß Arbeiterwohnungen, die nicht von einem einzelnen Werk errichtet und deren Bewohner daher auch nicht im geringsten von diesem Werk abhängig sind, große Vorteile besitzen und jedenfalls den Arbeitern selbst als eine Wohlfahrtseinrichtung erscheinen müssen, gegen die sich die oft erhobenen Anklagen und Vorwürfe nicht wohl wiederholen lassen. Den örtlichen Arbeitgeberverbänden aber wird es, von allen ideellen Vorzügen abgesehen, in wirtschaftlicher Beziehung sehr zugute kommen, wenn in ihrem Bezirk gut eingerichtete, billige und gesunde Arbeiterwohnungen vorhanden sind, die einen Stamm heimatstreuer Arbeiter beherbergen. Die leidige Fluktuation der Arbeiterschaft wird auf diese Weise wirksam bekämpft werden können, die Arbeiter werden der Willkür habgieriger Hauswirte entzogen, und wenn man auf die schon bestehenden Arbeiterkolonien (bei Bremen, im rheinisch-westfälischen Bezirk, in Oberschlesien und im Saargebiet) hinblickt und die Vorteile ermißt, die dem Arbeiter aus einem Stückchen eigenen Gartenlandes und aus der Kleintierzucht erwachsen, so wird man auch den wirtschaftlichen Wert einer solchen, großzügig angefaßten Wohnungspolitik kaum zu hoch in Anschlag bringen können. Dabei soll übrigens nicht gesagt werden, daß die Anlage solcher ländlichen Siedelungen den einzigen Weg für eine sachgemäße Lösung der Wohnungsfrage bedeutet. Eines scheidet sich nicht für alle! In größeren Städten wird es oft ebenso gut und besser sein, wenn in der Nähe der Fabrik auf genossenschaftlicher Grundlage geräumige Wohnhäuser, mit allen Bequemlichkeiten moderner Technik ausgestattet, errichtet werden. Es gibt in der Industrie zahlreiche Anhänger auch dieses Systems, und je nach den Verhältnissen wird man sich für das mit dem kleinen Gärtchen, dem Hühnerhof und dem Schweinekoben verbundene Eigenhaus oder für das städtische, große Mietshaus entscheiden müssen. Aber gleichviel auf welche Weise man eine Hebung der Wohnungszustände anstrebt, etwas wird geschehen müssen, denn mehr und mehr bewahrheitet sich der Satz des

englischen Staatsmannes, daß ein Volk leicht zu gut essen und trinken, aber niemals zu gut wohnen kann. Gesunde Wohnungen werden die Kampffähigkeit des Volkes, die kriegerische wie die friedliche, erhöhen, sie werden das beste Mittel darstellen, um den Geburtenrückgang aufzuhalten, sie werden das meiste dazu beitragen, um die ganze Volksmoral zu heben und an die Stelle der materialistischen Weltanschauung eine höhere Lebensauffassung, ein festeres und vertieftes Familienleben treten zu lassen. Daß die Arbeitgeberschaft an einer solchen Entwicklung in jeder Hinsicht auf das lebhafteste interessiert ist, dafür braucht ein näherer Beweis nicht erbracht zu werden.\*)

Den beiden Aufgaben der Jugendpflege (einschließlich der Berufsberatung und Förderung befähigter Elemente) und der Wohnungsfürsorge stellen sich die zahlreichen sonstigen Einrichtungen zur Seite, durch die das soziale Wohl der Arbeiterschaft vermehrt und gesichert werden kann. Auch hier wird vielfach die Organisation fortzuführen und zu vervollkommen haben, was die einzelnen Unternehmer schon mit so gutem Erfolge in die Wege geleitet haben. Man denke z. B. an die Ernährungsfrage! Gemeinsamer Bezug billiger Nahrungsmittel, die eigene Bewirtschaftung von Ländereien, eigene Viehzucht und ähnliches — diese Gedanken mochten noch vor einigen Jahren höchst seltsam und undurchführbar erscheinen, heute haben wir gelernt, daß solche Aufgaben sehr gut auch in den Bereich einer industriellen Interessengemeinschaft hineinpassen, und überall können wir beobachten, wie sehr solche Maßnahmen dazu beitragen, nicht allein die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu verbessern und eine Sicherheit gegen die Folgen wechselnder Geschäftslage zu schaffen, sondern auch dem ganzen Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine freundlichere Gestaltung zu verleihen. Zu den sozialen Aufgaben des Unternehmertums wird auch die Förderung der Werkvereine, der sogenannten gelben Arbeiterverbände, d. h. solcher Verbände, die auf wirtschaftsfriedlicher und nationaler Grundlage stehen, zu rechnen sein. Es ist das freilich ein umstrittenes Kapitel, und in der Zeit des Burgfriedens ist nicht leicht darüber zu reden, aber soviel darf doch gesagt werden, daß auch an diesem Punkte die positive Arbeit des Unternehmertums bereits kräftig eingesetzt hat, und daß alle Angriffe und Entstellungen nichts daran ändern werden, daß diese in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht gleich wichtige und fruchtbare Bewegung auch weiterhin die verdiente Unterstützung finden wird.

Neben all diese, auf sozialem Gebiete liegenden Ziele stellt sich aber die gewaltige Menge der rein wirtschaftlichen, technischen und politischen Fragen, an deren Lösung mitzuarbeiten das Unternehmertum ebenfalls berufen ist. Dem

\*) Aus der Literatur zur Wohnungsfrage vergleiche man u. a.: v. Stojentin, Ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege in Pommern, Anklam 1911. — Gaur, Die Wohnungsfürsorge der Firma Krupp, Essen 1907. — Bau, Jedem sparsamen Arbeiter ein eigenes Wohnhaus (als Manuskript gedruckt). — Sagemeyer, Fünfhundert Millionen für Arbeiterwohnungen, Bremen 1914. — Werdenberg, Kleinhäuser für Arbeiter und Angestellte, Basel 1912.

Kriege wird voraussichtlich eine Zeit scharfer Auseinandersetzungen auf allen möglichen Gebieten folgen; wir werden kräftig zu ringen haben, um unsere frühere Stellung auf dem Weltmarkt zurückzugewinnen, wir werden mit neuen, handelspolitischen Beziehungen (Verhältnis zu Österreich, zu den Balkanstaaten usw.) zu rechnen haben, wir werden aber auch in der inneren Politik auf manche Spannung, auf manche „Neuorientierung“ gefaßt sein müssen. Wohl oder übel, es ist die Aufgabe des Unternehmertums, auch bei solchen Gelegenheiten mit zu raten und mit zu taten. Sicherlich, schwere Arbeit für den Unternehmer, der gerade genug zu tun hat, wenn er den eigenen Betrieb überwachen und kräftigen, den Fortschritten des Handels und der Technik folgen soll! Aber gerade darum wird in Zukunft nicht mehr allein der einzelne Unternehmer, sondern in der Hauptsache die berufene Interessenvertretung des Unternehmertums ihres Amtes zu walten haben. Es wird darauf ankommen, im engeren Kreise wie im großen Rahmen der ganzen Volkswirtschaft die rechte Mitte zu halten zwischen freier, persönlicher Betätigung und geschlossener, organisierter Gemeinschaftsarbeit. Steuert das Unternehmertum auf dieser Linie vorwärts, erfüllt es dabei die praktische Arbeit, die sich ihm von allen Seiten her entgegendrängt, so wird dem inneren Frieden des deutschen Volkes ebenso gedient sein, wie dem materiellen Wohlstand der ganzen Nation, wie dem Ansehen und der Größe des Vaterlandes!



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

### Geschichte

**Dr. Heinrich Drees: Geschichte der Grafschaft Wernigerode.** Wernigerode 1916. Kommissionsverlag von Paul Jüttners Buchhandlung (Paul Schulze). 96 S.

In der engeren Heimat ruhen die Wurzeln der nationalen Kraft. Mit Recht wird daher in neuerer Zeit auf die Heimatgeschichte besonderer Wert gelegt, und ein preußischer Ministerialerlaß vom 2. September 1915 schreibt auch ihre Berücksichtigung für den Unterricht vor. Leider ist es in dieser Hinsicht mit den Hilfsmitteln vielfach noch recht schwach bestellt. Die kleine soeben erschienene Geschichte der Grafschaft Wernigerode ist auf diesem Gebiete ein Meisterwerk. Wenn

sie an dieser Stelle Besprechung findet, so geschieht dies weniger um der Grafschaft Wernigerode willen, obgleich sie für jeden, der sie kennt, ein schönes und glückliches Ländchen ist, als weil die Darstellung vorbildlich und bahnbrechend wirken kann für andere Heimatgeschichten dieser Art. Mitten in den Stürmen des Weltkrieges werden wir in ein idyllisches Stilleben geführt. Möglichst an bekannte, geschichtlich bedeutsame Ortlichkeiten anknüpfend führt uns der Verfasser von den ältesten Zeiten durch die Reihen der Wernigeröder Grafen, die uns im großen und ganzen herzlich gleichgültig sein können bis auf einige bedeutende Persönlichkeiten des Geschlechtes wie Juliane, die Mutter des großen Draniers, und die Mitglieder jenes